Pressemitteilung

Ansbach, 28.09.2010

„Lobbyist des Militärs“

Breitschwert wirft auch indirekt der Ansbacher OB Anti-Amerikanismus vor

Die Einlassungen von CSU-Stadtrat Breitschwert in der heutigen FLZ-Ausgabe sind ein kläglicher Versuch, von seinen fatalen Fehlentscheidungen hinsichtlich der US-Ausbaupläne während seiner Amtszeit als Bürgermeister abzulenken. Er ist in hohem Maße persönlich für die Verdopplung der Hubschrauber in Katterbach, Truppenaufstockungen und die Zerstörung des Urlas verantwortlich.

Dabei haben Breitschwert die Interessen der Menschen in Ansbach nie interessiert. Für die unter dem unerträglichen US-Fluglärm leidenden Bürgern aus den nord-östlichen Ansbacher Stadtteilen hat er nie einen Finger gerührt. Dass im Zuge der Lärmbelastung etwa in Obereichenbach immer mehr Häuser leer stehen ist ihm egal. Vielmehr ist Breitschwert ein Lobbyist des US-Militärs in der ideologischen Tradition des Kalten Krieges.

Dieser Lobbyismus geht nicht nur zu Lasten der Ansbacher Bevölkerung und der Umwelt, sondern zieht erheblichen finanziellen Schaden für Ansbach mit sich. Jahrelang war Breitschwert Verfechter des monströsen Urlas-Knotens. Steuergeldverschwendung und Enteignung von Ansbacher Bürgern hat er dabei billigend in Kauf genommen. Erst in Folge des massiven Bürgerprotests musste Breitschwert zurückrudern.

Dabei scheint er vergessen zu haben, dass sich an den Demonstrationen gegen den Knoten auch CSU-Mitglieder beteiligten. Überdies setze nicht nur ich mich für eine –zumindest versuchsweise- Anbindung via Shipton-Kaserne ein, sondern etwa auch OB Seidel, wie die FLZ am 16.09.2010 berichtete. Dass Breitschwert diesen Kräften, der Oberbürgermeisterin eingeschlossen, die sich für eine kostengünstige Lösung ohne Flächenfraß oder Enteignungen einsetzen, erneut Anti-Amerikanismus vorwirft, ist nicht nur verantwortungslos, sondern wirkt unter diesem Eindruck geradezu lächerlich.

Es kann nicht Aufgabe des Stadtrats sein, eine umzäunte Militärsiedlung voranzutreiben, die eine abgeschottete Parallelgesellschaft hinter Stacheldraht in „Klein-Amerika“ am Urlas entstehen lässt. Ob Breitschwert einsieht, dass ein Kommunalparlament in erster Linie für das Bürgerwohl und nicht für Militärinteressen zu arbeiten hat, ist zweifelhaft. Die CSU-Stadtratsfraktion hingegen sollte ihm gegenüber deutlich machen, dass zumindest sie dazu gelernt hat.

gez. Boris-André Meyer, Stadtrat